

Die Bundeswehr wird neu aufgestellt

von Elke Hoff

Im Koalitionsvertrag hielten CDU, CSU und FDP noch grundsätzlich an der Wehrpflicht fest, vereinbarten aber, eine Kommission einzusetzen, die Eckpunkte für eine neue Organisationsstruktur der Bundeswehr erarbeiten sollte. Diese Kommission empfahl die von der FDP gewünschte Aussetzung der Wehrpflicht und eine erhebliche Reduzierung der Truppenstärke. Inzwischen hat der Verteidigungsminister das Konzept zur Stationierung der Bundeswehr in Deutschland vorgelegt, das nun schrittweise umgesetzt wird.



Foto: JA

Zahlreiche Bundeswehr-Standorte werden reduziert oder geschlossen.

Als die FDP im Jahr 2009 Regierungsverantwortung im Bund übernahm, hatte die Bundeswehr einen Umfang von ca. 250.000 Soldatinnen und Soldaten und war eine der wenigen noch verbliebenen Wehrpflichtarmeen in Europa. Aus liberaler Sicht war der massive Eingriff in die Selbstbestimmung junger Männer unter zwei Aspekten nicht mehr begründbar: Erstens ergab sich seit Ende des Kalten Krieges für die Bundesrepublik Deutschland eine nachhaltig veränderte Bedrohungslage. Umgeben von befreundeten und sicheren Drittstaaten trat die klassische Landesverteidigung auf eigenem Staatsgebiet in den Hintergrund. Damit entfiel die sicherheitspolitisch abgeleitete Notwendigkeit eines schnellen und massiven Aufwuchses der Bundeswehr durch Wehrpflichtige und Reservisten. Dafür beteiligte sich Deutschland seit 1992 an einer Reihe von friedenserzwingenden und

-erhaltenden Auslandseinsätzen. Spätestens seit den Anschlägen am 11. September 2001 wurde klar, dass asymmetrische Bedrohungen in Form von Terrorismus und Piraterie, aber auch sicherheitspolitische Risiken als Folge von Pandemien, Umwelt- und Naturkatastrophen, Ressourcenknappheit sowie unkontrollierten Migrationsströmen neue Aufgaben und Anforderungen an die Bundeswehr stellen würden.

Der zweite Grund war die fehlende Wehrgerechtigkeit. Kurz vor dem Aussetzen der allgemeinen Wehrpflicht variierte die Ausschöpfungsquote eines Jahrgangs zwischen 13 und 15 Prozent. Diese Quote wäre aufgrund demographischer Veränderungen in absehbarer Zeit weiter gesunken. Nach der geltenden Rechtsprechung wäre die allgemeine Wehrpflicht damit aber nicht mehr den rechtlichen Anforderungen nachgekommen.

Da diese Entwicklungen seit langem absehbar waren, sprach sich die FDP schon vor mehr als zehn Jahren für das Aussetzen der Wehrpflicht und den Umbau der Bundeswehr in eine Freiwilligenarmee aus. Dass diese Freiwilligenarmee allerdings über andere Strukturen und Prozesse verfügen muss, war angesichts eines veränderten sicherheitspolitischen Umfeldes klar.

Empfehlungen der Weise-Kommission

FDP und Union beauftragten nach der erfolgreichen Bundestagswahl 2009 im Koalitionsvertrag den Verteidigungsminister, eine Kommission einzusetzen, die bis Ende 2010 einen Vorschlag für die Eckpunkte einer neuen Organisationsstruktur der Bundeswehr inklusive der Schaffung schlankerere Führungs- und Verwaltungsstrukturen erarbeiten sollte.

Die nach ihrem Vorsitzenden benannte „Weise-Kommission“ legte ihre Arbeitsergebnisse am 26. Oktober 2010 vor. Neben der Aussetzung der Wehrpflicht empfahl das Expertengremium eine Reduzierung der Truppenstärke auf 180.000 Soldatinnen und Soldaten und 50.000 zivile Beschäftigte. Des Weiteren sollte das Ministerium umgebaut und in Berlin zusammengeführt werden. Darüber hinaus hatte die Kommission umfangreiche Vorschläge erarbeitet, damit die Bundeswehr als Arbeitgeber attraktiv und wettbewerbsfähig bleiben würde. Die FDP-Bundestagsfraktion be-



Elke Hoff MdB
ist sicherheitspolitische
Sprecherin der FDP-
Bundestagsfraktion.



Foto: Bundeswehr / Biemer

Am 1. Januar 2011 wurden die letzten Wehrpflichtigen eingezogen.

größte die Ergebnisse des vorgelegten Berichtes, deckten sie sich doch in großen Teilen mit den eigenen Positionen und Überlegungen, die in Gestalt eines entsprechenden Positionspapieres einstimmig durch die Bundestagsabgeordneten verabschiedet worden waren.

Nachdem die Unionsparteien ebenfalls die Aussetzung der Wehrpflicht beschlossen hatten, wurden im Verteidigungsministerium die Eckpunkte einer Bundeswehrreform erarbeitet. Diese Eckpunkte beinhalten Überlegungen für den Umbau des Verteidigungsministeriums, die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien sowie den Truppenumfang der Streitkräfte, der bis zu 185.000 Soldatinnen und Soldaten umfassen sollte. Die Reform sollte Bereiche wie die Neuausrichtung der Streitkräfte, das Stationierungskonzept, die Überprüfung der Rüstungs- und Beschaffungsvorhaben sowie Fragen der Nachwuchsgewinnung und Attraktivität abdecken. Hinter all dem stand auch der Wunsch, durch Synergien langfristig zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes beitragen zu können. Dabei war es aber immer erklärtes Ziel der FDP-Bundestagsfraktion, die Bundeswehr als Instrument deutscher Sicherheitspolitik zu erhalten und nicht der „Kassenlage“ zu opfern.

Konzept zur Stationierung der Bundeswehr in Deutschland

Nach nunmehr sechs Monaten liegen die ersten Ergebnisse der Reform auf dem Tisch. Sicherlich hat dabei das Stationierungskonzept des Verteidigungsministers auf kommunaler Ebene die größte Aufmerksamkeit erzeugt. Diese Entscheidung war der letzte

konzeptionelle Schritt für eine Neuausrichtung der Bundeswehr. Er musste in Einklang mit der Truppenstärke, der Gestaltung der einzelnen Teilstreitkräfte und militärischen Organisationsbereiche sowie der Überprüfung der Rüstungsprojekte gebracht werden. So hat beispielsweise die Anzahl der Soldaten in der Luftwaffe entsprechende Auswirkungen auf die Anzahl von Eurofighter-Geschwadern und somit auf die zu beschaffende Stückzahl dieses Kampfflugzeuges.

Dass es bei der Bundeswehrreform nicht ohne Standortschließungen gehen würde, war allen Beteiligten klar. Aus Sicht der FDP war es allerdings wichtig, dass sich die Entscheidungen an den Grundprinzipien Funktionalität, Kosten, Attraktivität und Präsenz in der Fläche orientieren sollten. Viele konnten sich noch sehr gut an die letzten Stationierungsentscheidungen aus dem Jahr 2004 erinnern. Diese waren in Teilen nicht transparent und auch nicht nachvollziehbar. Darum wurden im Ministerium für jeden Standort spezifische Indikatoren für eine nachvollziehbare Entscheidung erhoben.

31 der 394 Bundeswehrstandorte werden geschlossen und 90 Standorte in erheblichem Umfang reduziert. Insgesamt sind 58 Kommunen von der Entscheidung des Verteidigungsministers betroffen. Für viele dieser Gemeinden war diese Entscheidung ein harter Schlag, obwohl sie in enger Abstimmung mit den jeweiligen Ministerpräsidenten der betroffenen Bundesländer erarbeitet wurde. Es gab Sorgen über das Wegbrechen von Einnahmen für die regionale Wirtschaft oder über die negative Entwicklung örtlichen Vereinslebens durch den Wegzug der Soldatinnen und Soldaten. Ich habe Ver-

ständnis für die Sorgen der Kommunen, die nun durch eine Standortschließung betroffen sind. Daher habe ich mich für ein entsprechendes Konversionsprogramm besonders für die strukturschwachen Regionen ausgesprochen. Bei einer Unterstützung der betroffenen Gemeinden muss es vor allem um ein zügiges Freimachen und lastenfreies Überlassen der ehemaligen Bundeswehr-Liegenschaften gehen. Die Kommunen benötigen hier Klarheit für eine erfolgreiche Vermarktung der betroffenen Flächen.

Über eine Bereitstellung finanzieller Mittel gibt es aber noch keine abschließende Entscheidung. Hier sehe ich die gesamte Bundesregierung in der Pflicht. Wichtig ist jedoch auch, dass die Gemeinden zügig einen Fahrplan über das Freiwerden der Grundstücke erhalten und der Bund konstruktiv und unbürokratisch bei einer Vermarktung der Flächen behilflich ist.

Ausblick: Bestandteil unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts

Die angesprochene Neuausrichtung der Bundeswehr gleicht einer Operation am offenen Herzen. Man darf nicht vergessen: Die Streitkräfte befinden sich derzeit mit ca. 7.500 Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz – unter anderem im Kosovo, vor dem Horn von Afrika und in Afghanistan. Unsere Frauen und Männer erfüllen ihren Auftrag in hervorragender Art und Weise. Ihre Leistungen sind international anerkannt. Davon konnte ich mich während verschiedener Truppenbesuche im In- und Ausland auch bei unseren internationalen Partnern überzeugen.

Dennoch bleibt noch einiges zu tun. Im Vordergrund steht die Aufstellung der Bundeswehr als attraktiver Arbeitgeber. Dazu gehört nicht nur ein ganzheitliches und umfassendes Personalgewinnungskonzept für potenzielle Bewerber. Ebenso müssen wir uns um die derzeit bereits im Dienst befindlichen Frauen und Männer kümmern. Nur wenn sie ihren Dienst in der Bundeswehr trotz aller Strapazen und Belastungen als lohnend empfinden, werden sie als Multiplikatoren auftreten. Ganz wichtig ist mir dabei die Vereinbarkeit von Familie und Dienst, beispielsweise durch bundeswehreigene Kindergärten. Wo diese Modelle nicht möglich sind, sehe ich die Bundeswehr in der Pflicht, gemeinsam mit den Kommunen an entsprechenden flexiblen Modellen der Kinderbetreuung zu arbeiten.

Dies gilt auch für den regionalen öffentlichen Nahverkehr. Es kann nicht sein, dass in großen Garnisonsstädten Kasernen über keine Anbindung an das Nahverkehrsnetz verfügen – vor allem am Freitag und am Sonntag. Gemeinsam sollten hier Lösungen konzipiert und umgesetzt werden. Des Weiteren sehe ich Anknüpfungspunkte in der Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und der Wohnungsfürsorge der Bundeswehr. Viele Soldaten pendeln und sind auf preiswerte Wohnungen am Standort angewiesen, falls es keine entsprechenden Unterkünfte innerhalb der Kasernen gibt.

Die Neuausrichtung der Bundeswehr war aufgrund der veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen und demographischen Faktoren notwendig. Es kommt jetzt darauf an, Prozesse und Strukturen von einer Wehrpflichtarmee hin zu einer Freiwilligenarmee zu entwickeln. Dazu mussten auch Entscheidungen getroffen werden, die sich direkt auch auf kommunaler Ebene auswirken, wie im Fall des neuen Stationierungskonzeptes. Deren Folgen müssen gemeinsam abgemildert werden.

Es ist aber genauso wichtig, dass sich die Kommunen weiterhin so stark und so er-

folgreich um „ihre“ Soldaten kümmern. Gerade durch die vielen Auslandseinsätze brauchen die Soldatinnen und Soldaten mit ihren Familien eine feste Verankerung in den Städten und Gemeinden, in denen sie wohnen und arbeiten und wo ihre Kinder aufwachsen.

Diese Partnerschaft sollte auch ein wichtiges Anliegen der liberalen Freunde in den jeweiligen Städten und Gemeinden sein, denn unsere Bundeswehr ist und bleibt ein wesentlicher Bestandteil unserer Sicherheit und unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. ■

Von der Zivildienstschule zum Bildungszentrum Wetzlar

von Wolfram Dette

Die Aussetzung der Wehrpflicht führt nicht nur bei vielen Bundeswehrstandorten zu gravierenden Einschnitten in jahrzehntelang gewachsene Strukturen: Auch Einrichtungen, die bisher für den Zivildienst vorgesehen waren, stehen vor großen Herausforderungen. Dies zeigt das Beispiel der ehemaligen Zivildienstschule in der Stadt Wetzlar.

Wetzlar war bis 1991/1992 der größte Bundeswehrstandort in Hessen. Zeitweise waren an den zwei großen Kasernenstandorten mehr als 4.000 Soldaten stationiert

und mehr als 800 zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Als Folge der deutschen Einheit wurde innerhalb eines Jahres der Bundeswehrstandort komplett

geschlossen. Die damit verbundene Konversion war für die Stadt eine große Herausforderung, die Magistrat, Verwaltung und Kommunalpolitik über viele Jahre intensiv beschäftigte.

Zur Unterstützung der Konversion wurde eine eigene Stadtentwicklungsgesellschaft gegründet, die die Vermarktung durch das damalige Bundesvermögensamt aktiv begleitete. In mühsamer Kleinarbeit konnten inzwischen über 90 Prozent der Flächen einer neuen Nutzung zugeführt werden – der große Teil der Konversion war erfolgreich. Es wurden mehr als 2.500 neue Arbeitsplätze geschaffen, neue Wohngebiete wurden gebaut und eine Fachhochschule mit dualen Studiengängen konnte angesiedelt werden.



Foto: Bildungszentrum Wetzlar

Die Zivildienstschule in Wetzlar wurde 1992 gegründet.

Gründung der Zivildienstschule

Die Aufgabe des Bundeswehrstandortes war ein tiefer Einschnitt in die Stadtentwicklung. Als Kompensation wurde 1992 in Wetzlar die erste hessische Zivildienstschule gegründet. Der Lehrgangsbetrieb in der Zivildienstschule wurde durch Bundesbedienstete wahrgenommen. Die Bereitstellung und Unterhaltung des Gebäudes, die Verpflegung und das Hausmanagement wurden durch eine Betreibergesellschaft